

Gewerkschaftliche Interessen und Politik - Entwicklungen des Problemdrucks seit 1978

Prof. Dr. Ulrich von Alemann, geb. 1944 in Seebach/Thüringen, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Staatsrecht an den Universitäten Münster, Köln, Bonn und Edmonton (Kanada). Er wurde 1977 Professor an der Pädagogischen Hochschule Neuss, seit 1980 lehrt er an der Universität-Gesamthochschule Duisburg.

Auf der Schwelle von den siebziger zu den achtziger Jahren bietet sich dem Beobachter der deutschen Gewerkschaften ein besonders widersprüchliches, von scharfen Kontrasten gezeichnetes Bild. Das ist nicht ungewöhnlich, wenn man die Perspektiven der unterschiedlichen Betrachter in Rechnung stellt: vom Ausland oder vom Außenstehenden wird Erfolg bewundert oder befürchtet -je nach Interesse; von innen gesehen, vom Arbeitslosen bis zum Arbeitsdirektor, werden Mißerfolge und Rückschläge spürbar. Um ein realistisches Bild zu gewinnen, lohnt es sich, zwei alternative Thesen zuzuspitzen.

These 1: Die deutschen Gewerkschaften sind in den letzten vier Jahren, gemessen an der schwierigen Zeit, außerordentlich erfolgreich gewesen.

Trotz gleicher Randbedingung weltweiter ökonomischer Krisen wurden unter Mithilfe verantwortlicher Gewerkschaftspolitik die deutschen Eckwerte bei Arbeitslosigkeit und Inflation niedriger als in vergleichbaren kapitalistischen Industriestaaten gefahren.

Trotz sprunghaft ansteigender Arbeitslosigkeit, die so schnell über die „magische“ eine Million auf die zweite Million hin wuchs, daß diese nun kaum mehr als magisch fixiert wird, ist die Gewerkschaftsbasis erstaunlich stabil geblieben; während der britische TUC nach Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 2,5 Mill. fast 1 Mill. Mitglieder verlor, konnte bei uns bisher kein besonderer Rückgang verzeichnet werden.

Die organisatorische Kampfkraft blieb intakt und durchstand in den letzten Jahren einige erbitterte Tarifauseinandersetzungen, ohne daß es zu einem so großen Ausmaß an spontanen Arbeitsniederlegungen kam wie 1969 oder 1973.

Ohne tiefgreifende Auseinandersetzungen konnte 1981 nach breiter und intensiver Diskussion ein neues Grundsatzprogramm des DGB verabschiedet werden, das die Grundlagen der Einheitsgewerkschaft bekräftigt und sich für neue Probleme in Ökonomie und Ökologie öffnet.

Trotz eines neuerlich festgestellten erschreckend hohen Potentials rechtsextremistischer Einstellungen in der Bevölkerung zeigte die gewerkschaftlich gebundene Arbeitnehmerschaft deutlich weniger Anfälligkeit als z.B. die Berufsgruppen der Landwirte und Selbständigen; „Gewerkschaftsmitglieder zeigen sich dagegen weit eher resistent gegenüber rechtsextremen Einstellungen.“¹

Rechtspolitisch konnte der Angriff der Unternehmer auf das Mitbestimmungsgesetz von 1976 abgewehrt werden, da das Bundesverfassungsgericht die Klage zurückwies und auch den Spielraum für die Montanmitbestimmung zunächst nicht einengte.

Trotz eines drastisch ansteigenden Krisenbewußtseins in der gesamten Bevölkerung blieb das Vertrauen in die Rolle und Funktion der Gewerkschaften stabil, wie die Daten empirischer Untersuchungen bis Mitte 1981 ausweisen.

Alle diese positiven Trends sind kein Wunschdenken, sondern nicht zu bestreitende Tatsachen. Ist also alles im Lot? Sind die Aussichten der Bundesrepublik insgesamt einschließlich ihrer Gewerkschaften für die nächsten Jahre glänzend, wenn nur der „übertriebene Pessimismus“ durch „Führungsbereitschaft“, das Selbstmitleid durch Tatkraft ersetzt wird, wie uns der amerikanische Zukunftsforscher Herman Kahn suggerieren möchte?² Prüfen wir zunächst die alternative These.

These 2: Die deutschen Gewerkschaften sind in den letzten Jahren geradezu beängstigend erfolglos geblieben.

Die Gewerkschaften haben die lawinenartig angestiegene Arbeitslosigkeit auf nahezu zwei Millionen Beschäftigungslose nicht wirksam bekämpfen können.

Die Gewerkschaften haben die Bundesregierung nicht zu einem offensiven Beschäftigungsprogramm zwingen können, um der Bündelung konjunktureller, struktureller und demographischer Ursachen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Über die Tarifpolitik konnten die Realeinkommen der Arbeitnehmer, d. h. die Nettolöhne und -einkommen bei Berücksichtigung von Steuerprogression und Inflation, zwar 1979 noch leicht gesteigert, 1980 und 1981 aber nicht gehalten werden.

1 SINUS, Rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Abschlußbericht, Heidelberg 1980, S. 105

2 Hermann Kahn, Ein Land ohne Perspektiven. Hat die Bundesrepublik Deutschland als Industrienation noch eine Zukunft? in: DIE ZELT, Nr. 16 vom 16. April 1982, S. 26

Bei den Haushalts-„Operationen“ der Bundesregierung konnten schmerzhaftes Einschnitte in den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer durch die Gewerkschaften immer weniger verhindert werden. Bei der gerade in dieser Zeit so wichtigen Sicherung der Arbeitslosen wurde Dequalifizierung durch neue „Zumutbarkeitsregeln“ vorprogrammiert.

Ganz allgemein ist der Einfluß der Gewerkschaften auf Regierungspolitik und Sozialdemokratie so schwach wie lange nicht geworden. Die Wirtschaftspolitik der FDP in der Koalition ist nie weiter von der „Reform des Kapitalismus“ ihrer legendären Freiburger Thesen von 1971 entfernt gewesen, sondern möchte sich vollends der Heilkraft des Marktes oder gar dem Monetarismus nach englisch-amerikanischem Vorbild verschreiben. Der SPD gelingt es in der Regierungskoalition und durch die Zwänge der Blockade der CDU/CSU über den Bundesrat nicht, ein kraftvolles soziales Konzept dagegen zu setzen.

In der Rechtspolitik ist eine langfristige Sicherung und Ausweitung der Montanmitbestimmung nicht gelungen; eine Ächtung der Aussperrungspolitik der Unternehmer durch die Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichtes ist gescheitert.

Trotz der auf den Nägeln brennenden Arbeitslosigkeit gelang den Gewerkschaften keine gleich engagierte, motivierte und mitreißende Thematisierung der ökonomischen Krise in der Öffentlichkeit gegenüber den Themen Frieden und Ökologie, die mehr Menschen unmittelbar mobilisierten. Dies gilt besonders für die junge Generation, die bei Jugendarbeitslosigkeit zwar existenziell tief betroffen wird, deren Engagement für die Gewerkschaften aber im ganzen deutlich nachgelassen hat.

Auch ein weiteres drängendes Problem der nächsten Jahre, die Integration der ausländischen Arbeitnehmer, konnte sich in den letzten Jahren zu einem Knoten schürzen, dessen Lösung sich doch keiner, auch nicht die Gewerkschaften, zutraut.

Schließlich und zu allem Überfluß haben sich die Gewerkschaften eine hausgemachte Krise selbst zugezogen durch die Enthüllungen über Unregelmäßigkeiten in den Vorständen der gewerkschaftseigenen „Neuen Heimat“, die in der Öffentlichkeit tiefsitzende Vorurteile über „Gewerkschaftsbonzes“ — zum Teil zu Recht, zum Teil zu Unrecht — aktivierten und bei den Gewerkschaftsmitgliedern selbst Empörung ausgelöst haben. Die Auswirkungen lassen sich noch nicht voll erfassen und werden noch lange nachwirken.

Diese pessimistischen Thesen sind keinesfalls das Produkt intellektueller und/oder linker Nörgeleien an Erscheinungsbild und Politik des DGB. Auch hier handelt es sich durchweg um Tatsachen, die nicht bestritten werden können. „Seit mehr als

sechs Jahren leidet unsere Gesellschaft, leiden vor allem die Arbeitnehmer und ihre Familien unter einer tiefen Wirtschaftskrise (...) Wenn dann noch offensichtlich wird, daß die Lasten dieser Wirtschaftskrise fast ausschließlich auf den Rücken des kleinen Mannes abgewälzt werden, dann sind Bitterkeit und manchmal auch Verzweiflung verständlich (...) Der Staat vergreift sich an den Ärmsten! (...) Ich ziehe daraus den Schluß, daß wir mit dem Rücken an der Wand stehen". Das sind die Worte von Heinz O. Vetter zum Jahresbeginn 1982.³

Es wäre zu simpel, aus der optimistischen und der pessimistischen These eine „vernünftige und realistische“ Mittelmeinung herausfiltern zu wollen. Es besteht zweifellos genug Anlaß zur Sorge für die Gewerkschaften. Allerdings sollten die positiven Trends mindestens Fatalismus verhindern helfen. Die eben zitierten Worte von Heinz O. Vetter deuten zu stark in Richtung Resignation. Resignation der Gewerkschaften wäre aber die sicherste Garantie für Erfolglosigkeit.

Ich möchte im folgenden vier Kernbereiche herausgreifen, in denen sich in den vergangenen Jahre der meiste Problemdruck gestaut hat. Sie werden auch die gewerkschaftlichen Interessen und die Politik der achtziger Jahre prägen. Es sind die Themen Gewerkschaften gegenüber Arbeitsmarkt, politischem System, gesellschaftlichen Entwicklungen und gegenüber der eigenen Organisation.

Gewerkschaften und Arbeitsmarkt

Kaum jemand, aus welchem politischen Lager auch immer, bestreitet heute ernsthaft, daß die akute Wirtschaftskrise keine aktuelle Konjunkturschwankung ist, sondern eine tiefgreifende „Krise der Arbeitsgesellschaft“ bedeutet. Selbst bei der überaus optimistischen Modellrechnung von 3 Prozent Anstieg des jährlichen realen

Tab. 1: Arbeitslosigkeit 1980/81 in der Bundesrepublik Deutschland (in 1000)

	1980	1981
Registrierte Arbeitslose	889	1271
„Stille Reserve“*	620	840
Tatsächliche Arbeitslosenzahl	1509	2111
Neuzugänge an Arbeitslosen	3100	3500
Abgänge aus Arbeitslosigkeit	2800	2900
Von Arbeitslosigkeit Betroffene**	2200	2500

* Vorläufige Ziffern des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

** Unter Ausklammerung von Mehrfacharbeitslosigkeit (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, lt. Presseberichten, Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1/1981)

³ Heinz O. Vetter, Gewerkschaftliche Konzepte stehen bereit — gemeinsames Handeln tut not, in: GMH, Heft 1/82, S. 1-4

Sozialprodukts wäre 1985 mit rund 1,8 Millionen registrierten Arbeitslosen und bis 1990 mit über 2 Millionen zu rechnen — bei einer immens anwachsenden „Stillen Reserve“⁴. Bereits jetzt beläuft sich die Zahl der wirklich von Arbeitslosigkeit Betroffenen auf über 2,5 Millionen - ganz entgegen dem Gerede von den „unechten Arbeitslosen“. Die regelmäßig in der Öffentlichkeit verkündeten Zahlen sind tatsächlich falsch - aber eben zu niedrig statt zu hoch angesetzt.

Die Spaltung des Arbeitsmarktes wird für besonders betroffene Gruppen zu weit katastrophaleren Ergebnissen führen, als solche immer noch zu globalen Zahlen an ausreichendem Problemdruck bereits verraten können. Die Problemregionen (strukturschwache ländliche Gebiete oder einseitig altindustrielle, z. B. Ruhrgebiet), -branchen (z. B. so unterschiedliche wie Textil und Stahl, bald auch zunehmend Teile des bis vor kurzem noch alles aufsaugenden Dienstleistungssektors) und -gruppen des Arbeitsmarktes (Jugend, Frauen, Ältere, Behinderte, Ausländer, Ungelernte) werden immer schärfer betroffen sein, besonders dann, wenn sich mehrere ungünstige Merkmale der Region, Branche und Gruppe überschneiden. Für sie bietet es wenig Trost, daß international die Bundesrepublik weiterhin günstiger abschneidet als vergleichbare Staaten der OECD.

Tab. 2: Internationale Arbeitslosenquoten*

	1980	1981**	1982**
USA	7,2	7,5	9,0
Japan	2,0	2,25	2,25
BRD	3,4	5,0	6,0
Frankreich	6,3	7,5	8,5
Großbritannien	7,0	10,5	12,0
Italien	7,6	8,25	9,0
OECD	6,2	7,25	8,0

* Arbeitslose zu abhängigen Erwerbspersonen, lt. OECD-Berechnungen

** Schätzung bzw. Prognose der OECD

(Quelle: OECD, Economic Outlook, lt. Zürcher Zeitung v. 24.12.81)

Die internationale Misere ist kein Anlaß zu deutscher Selbstzufriedenheit. Sie zeigt eher, daß die britischen und amerikanischen Rezepte des Abbaus von Staatsaufgaben und der Umverteilung zugunsten der Unternehmergewinne noch stärker auf dem Rücken der Arbeitnehmer und insbesondere der Arbeitslosen ausge tragen werden. Statt mit dem angloamerikanischen Monetarismus zu liebäugeln, wie es Neoliberale und Altkonservative auch bei uns tun, muß die internationale Lage eher Anlaß sein, einer strikt arbeitsorientierten Wirtschaftspolitik Vorrang einzuräu-

⁴ Lutz Reyher, Zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den 80er Jahren, in: GMH, Heft 10/81, S. 614

men. Dies ist im Gegensatz zur kapitalorientierten Wirtschaftspolitik gemeint,⁵ keinesfalls darf dies Rückkehr zur Wachstumspolitik um jeden Preis, auch der weiteren Zerstörung der Umwelt, bedeuten.

Den Gewerkschaften stehen gegenüber der Arbeitslosigkeit — wie immer in der Gewerkschaftspolitik — drei Aktionsbereiche zur Verfügung: Betrieb und Unternehmen im Rahmen von Betriebsverfassung und Mitbestimmung; Tarifpolitik im Rahmen der Autonomie der Arbeitsbeziehungen von Kapital und Arbeit und die politische Schiene der Einflußnahme auf beschäftigungspolitische Maßnahmen von Regierung und Verwaltung.

In der Beschäftigungspolitik haben sich die Gewerkschaften auf *Betriebs- und Unternehmensebene* in der Vergangenheit zu stark in eine reaktive Rolle drängen lassen. Am aktivsten sahen sich die Gewerkschaften gefordert, wenn das Kind längst im Brunnen lag; zur Durchsetzung von Schutzpositionen und Sozialplänen bei tiefgreifenden Betriebsstrukturwandlungen, Teilschließungen und Zusammenbrüchen. Auch die Montanmitbestimmung hat bei der Stahlkrise an der Saar oder im Ruhrgebiet keine langfristigen und vorausschauenden Lösungen ermöglicht. Die Krise kam und es mußte reagiert werden. In einer solchen Situation geht es verständlicherweise immer nur noch um Absicherung von Arbeitsplätzen oder glimpfliches Abfinden und Ausscheiden. Von Schaffung von Arbeitsplätzen kann keine Rede mehr sein.⁶

Humanisierung des Arbeitsplatzes hat aber zunächst die Existenz von Arbeitsplätzen zur Voraussetzung. Arbeitszeitpolitik, Technologiepolitik, d. h. vorausschauender Rationalisierungsschutz, und Humanisierung der Arbeitswelt müssen deshalb viel stärker und frühzeitiger in die Gewerkschaftsaktivitäten in Betrieb und Unternehmen, im Betriebsrat nach dem Betriebsverfassungsgesetz und im Aufsichtsrat nach dem Mitbestimmungsgesetz, integriert werden.

In der *Tarifpolitik* kann zweifellos auch über die quantitativ orientierten Abschlüsse indirekt auf den Arbeitsmarkt eingewirkt werden. Gerade in Zeiten spürbarer Inflation ist quantitative Lohnsteigerung Voraussetzung für die Erhaltung des Reallohns und damit der Lebensgrundlagen der Arbeitnehmer. Die qualitative, aktive Tarifpolitik, die direkte Auswirkungen auf die Beschäftigungsgrundlage anstrebt, bleibt bisher zu weit hinter den gut formulierten Deklarationen und Programmen von Gewerkschaftstagen und aus Gewerkschaftszeitungen zurück. Sie muß einerseits die Arbeitszeit und andererseits die Technologieentwicklung (bes. Mikroprozessoren), d. h. den vorausschauenden Rationalisierungsschutz, viel

⁵ Vgl. Eugen Loderer, Für eine arbeitsorientierte Wirtschaftspolitik, in: GMH, Heft 1/82, S. 20

⁶ Vgl. Josef Esser/Wolfgang Fach, Korporatistische Krisenregulierung im „Modell Deutschland“, in: Ulrich von Alemann (Hrsg.), Neokorporatismus, Frankfurt 1981, S. 158ff.

stärker in den Vordergrund stellen. Daß gerade im Frühjahr 1982 keine solchen qualitativen Komponenten bei den meisten Abschlüssen, z. B. bei Metall, Chemie oder dem Öffentlichen Dienst, deutlich erkennbar werden, muß pessimistisch stimmen. Gehen also doch die, die noch Arbeit haben, in der Solidarität denen vor, die keine mehr haben?

Gewerkschaften und Politisches System

Seit der späten Erhardschen Wirtschaftspolitik durch Maßhalteappelle und dessen Rechtfertigung des Abbaus von Vollbeschäftigung („Überbeschäftigung“) als Hebung der Arbeitsmoral sind die deutschen Gewerkschaften nicht mehr so tief von der politischen Ebene enttäuscht, ihre Forderungen auf so wenig Resonanz gestoßen wie in den letzten Jahren. Die Vetopositionen der FDP in der Koalition und der Opposition im Bundesrat haben so stark durchgeschlagen, daß sich die Gewerkschaften bei Haushaltsoperationen und Beschäftigungsdiskussion düpiert fühlen mußten. Auch die Münchener Beschlüsse der SPD werden dies kaum ändern.

Nicht das in der Öffentlichkeit so hochgespielte Problem der zerissenen Sozialdemokratie kann dafür verantwortlich gemacht werden. Das spielt sich in anderen Politikarenen — Sicherheits- und Friedenspolitik, Umwelt- und Bildungspolitik — ab. In der Beschäftigungspolitik müßte es ein leichtes sein, die Flügel und Strömungen der Sozialdemokratie mit den Gewerkschaften solidarisch zu stimmen. Aber auch der gewerkschaftlich orientierte Kern der Sozialdemokratie konnte die Erosionen in der Haushalts- und Beschäftigungspolitik der Bundesregierung nicht aufhalten.

Eugen Loderer hat in seinem Beitrag zum Jahreswechsel 1981/82 zu Recht vehement gefordert: „Notwendig sind qualitatives Wachstum, soziale Produktivitätskontrolle und Arbeitszeitverkürzungen im weitesten Sinne“. Und er fährt fort: „Das ist nicht nur Sache der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, sondern auch und zuerst Gegenstand der staatlichen Wirtschaftspolitik. Gefordert sind nicht nur die Gewerkschaften. Gefordert sind *vor allem die Politiker*. (...) Deswegen müssen wir *vor allem den Politikern* auf die Sprünge helfen.“⁷ In seinem weiteren Beitrag kommt die Rolle und Funktion der Gewerkschaften nur noch am Rande vor. Hier ist zu fragen, ob die Gewerkschaften sich nicht noch zu eng an die Instrumente keynesianischer Wirtschaftspolitik, an die „alte Politik“, die dem Staat alles zutraut, klammern, obwohl der Wandel offensichtlich ist. Das vielzitierte „Vertrauen in die eigene Kraft“ der Gewerkschaften muß beim qualitativen Wachstum, bei der sozialen Produktivitätskontrolle und bei Arbeitszeitverkürzungen auf breiter Front beginnen, statt nur Vorgaben des States kleinzuarbeiten. Damit sollte freilich keineswegs die Sozialdemokratie aus der Solidarität der gemeinsamen Tradition der Arbeiter-

⁷ Loderer, a. a. o., S. 17 (meine Hervorhebung, U. v. A.)

bewegung in die Sachzwänge technokratischer Regierungspolitik entlassen werden. Die Gewerkschaften müssen sich aber stärker darauf einrichten, auch ohne die Sozialdemokratie, ob sie durch die Koalition gebunden oder in die Opposition gebannt ist, auskommen zu können.

Gewerkschaften und Gesellschaft

Die neuen sozialen Bewegungen sind dem Kern der organisierten Arbeitnehmerschaft, besonders aber dem hauptamtlichen Funktionärskörper, weitgehend fremd geblieben; ihre Spontaneität, ihre Fixierung auf einzelne Programmpunkte und Aktionsformen werden als weltfremd bis gewerkschaftsschädlich abgetan. Es ist sicher viel zu früh, das, was sich hier artikuliert, als neuen Bündnispartner hochzu-stilisieren. Das Gegenteil ist aber ebenfalls falsch. Wenn bis zu 20 Prozent der jungen Jahrgänge „Grün“ wählen, wenn die Friedensbewegung nicht nur spontan Hunderttausende - und nicht nur Jugendliche - mobilisieren kann, dann muß gefragt werden, ob diese Bewegung von den Gewerkschaften nicht in Zukunft ernster genommen werden muß. Qualitatives Wachstum, soziale Produktivitätskontrolle und Arbeitszeitverkürzungen, um noch einmal die entscheidenden Forderungen Eugen Loderers zu wiederholen, - dagegen werden auch diese Bewegungen, so diffus sie zum Teil noch sind, nicht opponieren wollen. Man sollte nicht vergessen, daß auch die Arbeiterbewegung einmal spontan und staatlich unbequem, fixiert auf die eine „soziale Frage“ und auf Frieden und auch auf die Emanzipation der Frau sicher ebenfalls als eine Basisbewegung angefangen hat. Wenn die alten Instrumente der Wirtschaftspolitik nicht mehr greifen, die alten Antworten, nicht einmal alle alten Fragen mehr stimmen, müssen auch die Gewerkschaften nach neuen Wegen der Mobilisierung, Thematisierung und Durchsetzung ihrer Interessen suchen.

Die Struktur der Arbeitslosigkeit hat sich gewandelt, weil sich die ökonomische Struktur in den letzten Jahren und Jahrzehnten rasant wandelte — und damit wandelt sich die Gesellschaft und die Politik, die in ihr nötig und möglich ist. Es drohen, wenn nicht die Bruchlinien, so doch die *Verspannungen* sich weiter zu verschärfen: zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, zwischen relativ sicher und privilegiert Beschäftigten und unsicher, unterprivilegiert Beschäftigten und auch die zwischen den Erwerbsinteressen für ihren Lebensunterhalt einerseits zu den „Lebensinteressen“ für die Lebensqualität andererseits. Es gilt, das *Recht auf Arbeit* zu verknüpfen mit dem *Recht auf beruflich qualifizierte Arbeit* und schließlich mit dem *Recht auf nützliche und humane Arbeit*. Sind die Gewerkschaften „für alle da“ oder haben sie sich zu stark auf die Interessen und Bedürfnisse der Beschäftigten und der beruflich Qualifizierten konzentriert? Dies ist auch in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ im letzten Jahr erfreulich offen kontrovers diskutiert

worden.⁸ Dazu möchte ich nur anmerken, daß der, der Bruchlinien aufzeigt, die Gewerkschaften nicht unbedingt zerbrechen will, sondern auf nötige Integrationsleistungen aufmerksam macht. Das am Schluß dieser Debatte zitierte Wort von Andre Gorz, das er auf der Arbeitstagung der IG-Metall 1972 formulierte, scheint mir erinnerungswert: „Die Arbeiterklasse ist heutzutage viel zu differenziert, als daß ihre Einheit auf einer direkten materiellen Grundlage beruhen könnte; ihre Einheit muß *errichtet* werden, indem systematisch die Wurzeln der Spaltung (...) angegangen werden. Unterbleibt dieses Bemühen, dann verliert die Gewerkschaft mit der Zeit die Fähigkeit zur (...) Zusammenfassung des Kampfes. Sie wird dann zum Spiegelbild des Zerfalls der Arbeiterklasse.“⁹

Gewerkschaften und ihre Organisation

Die deutschen Gewerkschaften sind nicht der monolithische Block, als die sie oft vom Ausland bewundert oder bei uns („Gewerkschaftsstaat“) verketzert werden. Sie stellen ein sehr komplexes Netz aus Einheitsgewerkschaft und Industriegewerkschaft, aus Dachverband und autonomen Einzelgewerkschaften, aus umfassenden Großorganisationen (z. B. weltgrößte Einzelgewerkschaft) und spezialisierten Kleinverbänden (z. B. GdP, GEW) dar. Das ganze wird durch die zweite Dimension der dualen Betriebsvertretung aus Betriebsrat und Gewerkschaft einerseits und schließlich als dritte Dimension noch durch die konkurrierenden Berufsverbände (z. B. DBB, DAG) andererseits weiter verstrickt. In dieser eben nicht monolithischen, allein von *der* „Einheitsgewerkschaft“ geprägten Situation, darf der Ruf nach mehr Dezentralisierung, Autonomie und Betriebsnähe nicht einfach als zusätzliche Schwächung der Durchschlagskraft abgetan werden. Solange das Kapital national und international arbeitet, wäre Dezentralisierung kontraproduktiv - so lautet der verständliche Einwand. So richtig dieser Hinweis ist, enthebt er doch nicht der ständigen selbstkritischen Prüfung, wo und wie mehr Betriebs- und Basisnähe, mehr Motivation und Mobilisierung gesucht werden kann.

Die Sozialwissenschaftler streiten sich seit 70 Jahren, ob das „eherne Gesetz der Oligarchie“ gilt, das heißt der unaufhaltsame Trend zu undemokratischer Herrschaft der Wenigen, des „Apparats“, über die breite Mitgliedschaft. Robert Michels hat dieses „Gesetz“ nach der Jahrhundertwende aufgrund seiner Erfahrungen mit der deutschen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften formuliert. Man muß die Frage nach seiner Gültigkeit hier und jetzt nicht entscheiden, um doch mindestens der These zuzustimmen, daß jede Organisation zur Verstärkung des Zentralismus

8 Herausgefordert durch den Beitrag von Rolf G. Heinze/Karl Hinrichs/Claus Offe/Thomas Olk, Interessendifferenzierung und Gewerkschaftseinheit — Bruchlinien innerhalb der Arbeiterklasse als Herausforderung für gewerkschaftliche Politik, in: GMH, Heft 6/81, S. 336ff, diskutierten Wolfgang Streeck und Josef Esser im gleichen Heft, sowie Jürgen Hoffmann in 7/81, Joachim Bischoff u. a. sowie die ersten Autoren mit einer abschließenden Bemerkung in Heft 12/81,

9 Zitiert bei Rolf G. Heinze u. a., Verzicht auf „Utopien“, in: GMH, Heft 12/82, S. 758

drängt. Wenn das richtig ist, muß jede demokratische Gewerkschaft ständig auf der Hut sein, einen solchen Trend zu erkennen und ihm gegenzusteuern — durch bewußtes, unbequemes und manchmal zeitraubendes Rückbesinnen auf die demokratische Tradition des „im Zweifel für die Basis“, mit der man angetreten ist. Auch eine solche selbstkritische Besinnung auf die Kraft möglichst weitgehender Selbstbestimmung ist eine „Solidarität mit Polen“, die von den deutschen Gewerkschaften geleistet werden kann.

Den Skandal um die Vorgänge im Vorstand der „Neuen Heimat“ möchte ich genau an dieser Stelle einordnen. Das mögliche persönliche Fehlverhalten von Vorstandsmitgliedern, die kein Gespür für moralische Standards eines Gewerkschaftsrepräsentanten fühlten, sondern sich mehr für Wege interessierten, wie sie auch noch den Rest ihres beträchtlichen Einkommens von der Steuer „wegdrücken“ könnten (wie Albert Vietor sich ausdrückte), dies alles ist eine deprimierende Erscheinung. Aber es muß als persönliches Fehlverhalten einzelner verurteilt werden — nicht mehr und nicht weniger.

Wenn die Gewerkschaften aus diesem Fall lernen, müssen sie nach tieferen Ursachen und Wirkungen Ausschau halten. Meines Erachtens liegen diese gerade im Zentralismus und in der Gigantomanie einer Institution, die einmal als Selbsthilfe und Genossenschaft angetreten ist. Die gemeinwirtschaftliche Genossenschaft als verschachtelter Konzern ist schon ein Widersinn. Wenn ihr auch noch ein gewinnorientiertes Unternehmen „Städtebau“ in weitgehender Personalunion der Vorstände angekoppelt wird, entsteht aus Widersinn ein Paradoxon, das die gewerkschaftliche Tradition von solidarischer Selbsthilfe und vom Genossenschaftsgedanken verspottet.

Der DGB hat anerkannt schnell und deutlich bei den personellen Konsequenzen gehandelt, wie man es sich von manchen politischen Parteien, denen Spendenaffären ins Haus stehen, ebenfalls gewünscht hätte. Es ist zu hoffen, daß der DGB auch den zweiten, schwierigeren Schritt einer grundsätzlichen Überprüfung seiner genossenschaftlichen Unternehmen vornimmt. Er könnte durch einen solchen Schritt bitter nötiges Vertrauenskapital in der Öffentlichkeit, ohne das er die schweren achtziger Jahre kaum überstehen wird, wiedergewinnen.